

Gesuch um Aufnahme
In den juristischen Vorbereitungsdienst

An die
Präsidentin des Oberlandesgerichts
Cecilienallee 3

40474 Düsseldorf

Ich habe noch nicht an einem juristischen Vorbereitungsdienst teilgenommen und bitte um Aufnahme

- () Zum nächstmöglichen Termin
() Zum _____ (bitte den gewünschten Termin einsetzen).

I. Angaben zur eigenen Person

(Name, Vorname[n])

(Geburtsdatum)

(Geburtsort)

(Familienstand)

(Kind[er])

1. Tatsächlicher Wohnsitz:

(Straße mit Hausnummer)

(Ort mit Postleitzahl)

(Telefon)

(Wohnsitz seit wann?)

2. Weiterer Wohnsitz:

(Straße mit Hausnummer)

(Ort mit Postleitzahl)

(Telefon)

(Wohnsitz seit wann?)

3. Postanschrift

wie tatsächlicher Wohnsitz wie weiterer Wohnsitz

Grundwehrdienst Zeitsoldat Zivildienst

(Dienstpflichten nach Artikel 12 a Absatz 1 oder 2 des Grundgesetzes)

In der Zeit vom _____ bis _____.

Meldung zur ersten Prüfung bzw. ersten juristischen Staatsprüfung:

im ____ Fachsemester. nach ____ Fachsemestern.

(Datum der mündlichen Prüfung)

(Justizprüfungsamt)

Wünsche in Bezug auf den Ausbildungsort:

- Düsseldorf
 Duisburg
 Kleve
 Krefeld
 Mönchengladbach
 Wuppertal

(bitte die gewünschten Landgerichtsbezirke ankreuzen oder die gewünschte Reihenfolge eintragen; mindestens einen Ersatzwunsch sollten Sie angeben)

II. Angaben zu Eltern und Ehegatten

Aus Gründen der Gewährung Ihrer Unterhaltsbeihilfe sowie wegen eines in der zweiten juristischen Staatsprüfung möglicherweise zu beachtenden Prüferausschlusses werden hier Angaben erbeten, wenn auch der Ehegatte im öffentlichen Dienst beschäftigt ist oder der Ehegatte oder die Eltern in Berufen mit juristischer Ausrichtung tätig sind, z. B. als Professor der Rechtswissenschaft, Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt.

Auch mein Ehegatte ist Angehöriger des öffentlichen Dienstes.

(Beruf des Ehegatten)

(Beruf des Vaters)

(Beruf der Mutter)

III. Erklärungen

1. Staatsangehörigkeit:

- Ich besitze die deutsche Staatsangehörigkeit.
 Ich besitze die _____ Staatsangehörigkeit.

2. Schulden:

- Ich habe keine Schulden:
 Ich habe folgende Schulden (bitte die Art und Höhe der Schulden – auch „BAFöG-Schulden“ angeben):

Weitere Schulden habe ich nicht.

3. Bisherige Bewerbungen:

Ich habe den juristischen Vorbereitungsdienst bisher weder ganz noch teilweise abgeleistet.

Ich bin bereits zuvor in den juristischen Vorbereitungsdienst aufgenommen worden und erkläre mich mit der Einsichtnahme in meine bestehenden Personalakten einverstanden

(bitte die aufnehmende Behörde und Ihr dortiges Personalaktenzeichen angeben):

Meine Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst ist bisher nicht anderweitig abgelehnt worden.

Meine Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst ist bereits anderweitig abgelehnt worden (bitte die ablehnende Behörde und den Grund angeben):

4. Fehlende Unterlagen:

Mir ist bekannt, dass alle Bewerbungsunterlagen bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist (zwei Monate vor dem voraussichtlichen Aufnahmetermin) vorliegen müssen.

IV. Versicherung

Ich versichere die Richtigkeit der in diesem Gesuch gemachten Angaben. Mir ist bekannt, dass die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst zurückzunehmen ist, wenn sie durch arglistige Täuschung herbeigeführt wurde.

(Ort)

(Datum)

(vollständige Unterschrift)

Erklärung zu Vorstrafen

Ich,

(Name, Vorname[n])

(Geburtsdatum)

(Geburtsort)

versichere, dass

ich nicht vorbestraft bin und kein Ermittlungsverfahren gegen mich anhängig ist. Aus einem ehemaligen oder noch bestehenden Beamtenverhältnis war oder ist kein noch nicht getilgter Disziplinarvorgang gegen mich anhängig.

folgendes Ermittlungsverfahren gegen mich anhängig ist (bitte den erhobenen Vorwurf sowie die ermittelnde Behörde und deren Aktenzeichen angeben):

Weitere Ermittlungsverfahren sind nicht anhängig.

folgender noch nicht getilgter Disziplinarvorgang gegen mich anhängig war oder ist (bitte den erhobenen Vorwurf, die ermittelnde Behörde und deren Aktenzeichen sowie ggf. die getroffene Maßnahme angeben):

Weitere Disziplinarvorgänge sind nicht anhängig.

ich wie folgt vorbestraft bin (bitte die erkannte Straftat, die Art und Höhe der Strafe sowie das erkennende Gericht und dessen Aktenzeichen angeben):

Weitere Ermittlungsverfahren sind nicht anhängig.

Mir ist bekannt, dass die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst zurückzunehmen ist, wenn sie durch arglistige Täuschung herbeigeführt wurde. Ich bin darüber belehrt, dass ich nach § 51 des Bundeszentralregistergesetzes

1. mich als unbestraft bezeichnen darf und den einer Verurteilung zugrunde liegenden Sachverhalt nicht zu offenbaren brauche, wenn die Verurteilung nicht in ein Führungszeugnis oder nur in ein solches für Behörden aufzunehmen oder im Zentralregister zu tilgen ist, und
2. verpflichtet bin, gegenüber einer obersten Landesbehörde auch über diejenigen Verurteilungen Auskunft zu geben, die nicht in ein Führungszeugnis oder nur in ein solches für Behörden aufzunehmen sind.

(Ort)

(Datum)

(vollständige Unterschrift)

Erklärung zum Gesundheitszustand

I. Hinweis an die Bewerberin/den Bewerber

Die Einstellungsbehörde verzichtet grundsätzlich darauf, Sie zur Feststellung Ihrer gesundheitlichen Eignung für den juristischen Vorbereitungsdienst amtsärztlich untersuchen zu lassen. Sie geht vielmehr regelmäßig davon aus, dass Ihr Gesundheitszustand so beschaffen ist, dass Sie ohne Bedenken in den juristischen Vorbereitungsdienst aufgenommen werden können.

Sollten Sie sich z.Zt. Ihrer Bewerbung wegen einer nicht nur unwesentlichen Beeinträchtigung Ihrer physischen oder psychischen Gesundheit in ärztlicher Behandlung befinden oder an einer ansteckenden Krankheit leiden, zeigen Sie dies bitte an. Im Einzelfall behalte ich mir eine Begutachtung durch den Amtsarzt vor.

Nach erfolgter Einstellung können Ihnen die Kosten für die amtsärztliche Untersuchung auf Antrag unter Vorlage der Urschrift des Zahlungsnachweises erstattet werden (bitte Kontoverbindung angeben).

II. Erklärung

Mein Gesundheitszustand ist so beschaffen, dass ich ohne Bedenken in den juristischen Vorbereitungsdienst aufgenommen werden kann.

Ich habe aus gegebener Veranlassung um ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis nachgesucht.

Ich bin schwerbehindert im Sinne des Schwerbehindertengesetzes. Die Minderung meiner Erwerbsfähigkeit beträgt _____ %.

Ferner werde ich alle während des Bewerbungsverfahrens eintretenden Änderungen dem Präsidenten des Oberlandesgerichts – Referendarabteilung – unverzüglich mitteilen.

(Ort)

(Datum)

(vollständige Unterschrift mit Vornamen)